

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: New Statesman - Krise der Wirtschaftspolitik; International Herald Tribune - Die schleichende kommunistische Revolution; The Financial Times - Europäische Hilfe für Portugal; The New York Times - Präsident Fords Energieprogramm; Les Echos - Das NATO-Treffen; Le Quotidien - Ein Rat an Sadat

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Blick in die Weltpresse: New Statesman - Krise der Wirtschaftspolitik; International Herald Tribune - Die schleichende kommunistische Revolution; The Financial Times - Europäische Hilfe für Portugal; The New York Times - Präsident Fords Energieprogramm; Les Echos - Das NATO-Treffen; Le Quotidien - Ein Rat an Sadat, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 6, pp. 315-316

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134830>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

NEW STATESMAN

Krise der Wirtschaftspolitik

London, 23. 5. 1975: Daß die britische Wirtschaft in einer Krise steckt, braucht nicht näher erläutert zu werden... Viele Länder haben jedoch derartige Krisen erlebt und sind relativ ungeschoren davongekommen. Deshalb kann das Ausmaß dieser Krise nicht an der gegenwärtigen Höhe der Arbeitslosigkeit, an Inflation und Zahlungsbilanzdefizit gemessen werden. Erschreckend ist aber, daß die Regierung über keine klare und realistische Politik für die Überwindung unserer Schwierigkeiten verfügt. Sie macht einen paralysierten Eindruck, und was sie zu paralisieren scheint, ist der hemmende Einfluß des linken Flügels der Labour Party.

Einige Gruppen der Linken behindern die Durchführung einer kohärenten Wirtschaftspolitik, indem sie Teile der Labour Party zu dem Glauben verleiten, daß etwas „Sozialismus“ notwendigerweise in *jeder* Form industrieller Intervention, *jeder* Art öffentlicher Ausgaben, *jedem* Anspruch mächtiger Gewerkschaften, *allen* Maßnahmen gegen eine Umschichtung von Arbeitskräften aus unrentablen Industriezweigen und Branchen in rentablere und *jeder* Art Lenkung des Außenhandels stecke. Die Tatsache, daß derartige Politiken nur zu einem langsameren Steigen (wenn nicht sogar Absinken) des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung, einem geringeren Wachstum des öffentlichen Sektors, einer größeren Arbeitslosigkeit und, durch Inflation, zu einer willkürlichen Umverteilung des noch verbleibenden Volkseinkommens führen, wird von der äußersten Linken nicht erkannt und muß deshalb immer wieder und immer bestimmter von der übrigen Labour Party betont werden.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Die schleichende kommunistische Revolution

Washington, 29. 5. 1975 (Victor Zorza): Eine neue Kreml-Analyse der revolutionären Aussichten in der kapitalistischen Welt kommt zu dem Schluß, daß jetzt „eine realistische Chance für die Durchführung einer offensiven Strategie des Klassenkampfes“ in einer Anzahl kapitalistischer Länder

gegeben sei. Diese Analyse, die im „Kommunist“, der führenden Publikation der Partei, veröffentlicht wurde, rügt diejenigen, die die gegenwärtige Krise des „Weltkapitalismus“ unterschätzen. Sie „ignorieren“ die günstigen Voraussetzungen für den „Aufschwung der Arbeiterbewegung“, und sie „verniedlichen“ die neuen Möglichkeiten für den Kampf gegen den Imperialismus.

Derselbe Artikel warnt jedoch vor der „abenteuerlichen Doktrin eines Revolutionsexports“ und beschimpft „Extremisten“ und „Linksabweichler“, die nach einer „rein proletarischen Revolution“ rufen... Die gegenwärtige Wirtschaftskrise könnte „auf lange Sicht“ das kapitalistische System erschüttern, „aber es wäre absolut falsch anzunehmen“, daß es eine direkte Verbindung zwischen einer jeden derartigen Krise und der Revolution gäbe. Der Leninismus, so betont der „Kommunist“, ist gegen jede „künstliche Übertreibung“ einer derartigen Verbindung. „Auf lange Sicht“ werden die Massen gegen das kapitalistische System zur Revolution schreiten, aber diese wird sich in zwei Etappen vollziehen, einer „demokratischen“ und einer „sozialistischen“. Während der ersten Etappe ist es von größter Wichtigkeit, Alliierte außerhalb der Kommunistischen Partei zu finden, im „Mittelstand“ und in den Streitkräften. Der Artikel wiederholt Lenins leidenschaftliche Forderung, daß die Kommunisten unter allen Umständen Verbündete suchen und jeden Gegensatz unter ihren Feinden ausnutzen müßten.

THE FINANCIAL TIMES

Europäische Hilfe für Portugal

London, 3. 6. 1975: Westeuropa beginnt endlich, die Lage Portugals ernst zu nehmen. Das wurde auf der NATO-Konferenz von Brüssel sichtbar, als der portugiesische Ministerpräsident, General Vasco Goncalves, ... bilaterale Gespräche mit den meisten westeuropäischen Staatsmännern führte. Einige Tage zuvor hatte die EG bereits beschlossen, besondere Anstrengungen im Hinblick auf engere Verbindungen mit Portugal zu unternehmen.

Wichtig ist, daß diese Bemühungen ernst genommen werden. Portugal ist ein europäisches Problem, besonders für diejenigen Europäer, die daran interessiert sind, ein stärkeres Europa auf der Grundlage demokratischer Prinzipien und einer gesunden Wirtschaft zu bauen. Da Portugal weder Demokratie noch Wohlstand kennt, ist es zu einer Art Testfall geworden. Entweder können

ihm die Europäer helfen, wirtschaftlich und politisch auf eigenen Füßen zu stehen, oder es wird vermutlich in Anarchie und Kommunismus gleiten.

Portugal ist seit langer Zeit ein armes Land, obwohl es unter Salazar eine gewisse wirtschaftliche Stabilität genoß. Heute ist seine wirtschaftliche Lage verzweifelt. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 10% gestiegen. Hinzu kommen Kapitalflucht und „brain drain“, und das Investitionsklima ist, milde ausgedrückt, unsicher.

Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Bewegung der Streitkräfte diesen Zustand für wünschenswert hält, aber noch verfügt sie über kein Instrumentarium, um mit dieser Lage fertig werden zu können. Hier kann Europa helfen, denn abgesehen von Kapitalhilfe braucht Portugal technische Hilfe... Natürlich kann niemand Portugal die Demokratie von außen aufzwingen. Eine Chance besteht jedoch, und Westeuropa hat die Mittel und Erfahrungen, um sie zu nutzen. Nur am Willen könnte es mangeln, und falls das der Fall wäre, würde die Idee eines vereinigten Westeuropas einen schweren Rückschlag erleiden – und das verdientermaßen.

THE NEW YORK TIMES

Präsident Fords Energieprogramm

New York, 3. 6. 1975: Zwanzig Monate nachdem das arabische Ölembargo und ein 400%iger Ölpreisanstieg das Land alarmierten, wartet man immer noch auf ein umfassendes Programm des Kongresses, das den Kraftstoffverbrauch senken, die Produktion erhöhen und den Präsidenten ermächtigen soll, Erdölvorräte anzulegen und im Notfall eine Rationierung durchzuführen.

Siebzehn weitere ölimportierende Staaten sind der von den USA angeregten Internationalen Energieagentur beigetreten, um koordinierte Antikartell-Maßnahmen dieser Art durchführen zu können. Aber das gesamte phantasievolle Unternehmen wird gefährdet, wenn die USA die Durchführung ihrer eigenen Strategie gerade jetzt verzögern, da die Ölproduzenten mit einer weiteren Preiserhöhung von 10 bis 20% im September drohen.

Damit hatte Präsident Ford keine andere Alternative, als seinen lange verzögerten „Stop-gap“-Plan für die Senkung des Ölverbrauchs in Angriff zu nehmen, der eine Verdopplung der Importabgaben und eine allmähliche Preisfreigabe für „alte“ Ölquellen vorsieht. Dieses Programm würde sowohl Arbeitslosigkeit als auch Inflation verschärfen, aber Maßnahmen zur Beschränkung des amerikanischen Ölverbrauchs sind unentbehrlich, ehe der Wiederaufschwung – wann auch immer – einsetzt und ein weltweiter Anstieg der Ölnachfrage die Position des Ölkartells stärkt.

Nichts, was der Präsident getan hat, kann den Kongreß daran hindern, seine eigenen Programme durchzuführen. Ganz im Gegenteil können weitere lebenswichtige Einsparungsmaßnahmen und die meisten Programme zur Entwicklung alternativer Energiequellen nicht durch die Exekutive initiiert werden. Sie hängen gänzlich von der Ermächtigung durch den Kongreß ab... Die demokratische Kongreßmehrheit trägt eine schwere Verantwortung.

Les Echos

Das NATO-Treffen

Paris, 2. 6. 1975: Möglicherweise hat Giscard d'Estaing mit gemischten Gefühlen und dem Eindruck, daß er dazu gezwungen worden sei, an dem Dinner in Brüssel teilgenommen... Nach Abwägen aller Nachteile hielt es aber der Präsident doch für inopportun, dem König der Belgier und Präsident Ford gegenüber unhöflich zu sein, zumal der lange Weg, der 1976 zu seinem Staatsbesuch in die USA führen soll, sowieso voller Hindernisse ist. Die unterschiedliche Haltung gegenüber der Energiekonferenz ist ein ausreichender Beweis hierfür.

Diese ganze Angelegenheit zeigt wieder einmal... wie empfindlich die französisch-amerikanischen Beziehungen noch immer sind. Das Pariser Interesse, den schwierigen Dialog mit der Sowjetunion nicht zu komplizieren, und Moskaus Nervosität, wenn die jährlichen NATO-Konferenzen näher rücken, zwingen den Präsidenten Frankreichs zu einem schwierigen Balanceakt.

Le Quotidien

Ein Rat an Sadat

Paris, 3. 6. 1975: Politische Abkommen... sind immer ein Resultat der Machtverhältnisse. Die amerikanische Position ist ihrem Wesen nach widersprüchlich, da die USA gleichzeitig Partei und Schiedsrichter sind. Konzessionen hätten von Israel erzwungen werden können, wenn es nicht die Mittel hätte, einen Krieg zu führen. Aber es ist Washington, das Israel seit dem Yom-Kippur-Krieg ständig aufgerüstet hat. In den letzten sieben Jahren, seit Nixon in das Weiße Haus einzog, wünschte Washington eine unparteiische Position einzunehmen. Aber Unparteilichkeit bedeutet in diesem Fall einen grundsätzlichen, nicht einen graduellen Wandel. Sadat hat nur eine marginale Chance, mit Amerika ein Aufgeben Israels auszuhandeln. Wenn jedoch Frieden sein Ziel ist, sollte er besser mit Israel verhandeln.